Landes–Eltern–Vereinigung der Gymnasien in Bayern e.V.

- Die Vorsitzende -

LEV, Ehrwalder Str. 8, 81377 München

Bayerisches Staatsministerium für
Unterricht und Kultus
Herrn Ministerialdirektor
Martin Wunsch
Salvatorstr. 2

80327 München

Ehrwalder Str. 8, 816377München
Telefon 089/98 93 82, Fax 089/9 82 96 74
e-mail:geschaeftsstelle@lev-gym-bayern.de
Internet: http://www.lev-gym-bayern.de
Bürostunden: Montag-Freitag 9-12 Uhr

München, den 3. September 2024

Per E-Mail an sandra.schmedemann@stmuk.bayern.de und sprachstandserhebungen@stmuk.bayern.de

Stellungnahme zur Anhörung der Verbände
Gesetz zur Einführung und Durchsetzung verbindlicher Sprachstandserhebungen und Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung
Ihr Zeichen Nr. III.4-BS7400.11/81/ vom 23. Juli 2024

Sehr geehrter Damen und Herren,

die Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern (Lobbyregister Registernummer: DEBYLT01F0) bedankt sich für die Möglichkeit, sich zum Gesetz zur Einführung und Durchsetzung verbindlicher Sprachstandserhebungen und Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung äußern zu können.

Wir haben folgende Anmerkungen:
Wir begrüßen diese Initiative der Staatsregierung ausdrücklich. Auch wir sehen in der Sprache den Schlüssel für eine erfolgreiche Schulbildung. Ohne Sprachverständnis und Ausdrucksfähigkeit in der deutschen Sprache ist ein Bildungserfolg auch in den anderen Schulfächern und insbesondere in der weiterführenden Schule nicht möglich.

Allerdings geben wir zu bedenken, dass die Verpflichtung der Eltern, sich bei festgestelltem Sprachförderbedarf um einen Platz in einer geeigneten Kindertageseinrichtung zu bemühen, angesichts des erheblichen Mangels an Kita-Plätzen nicht den gewünschten Erfolg haben kann. Zudem besteht bei privaten Trägern die Gefahr, dass aufgrund des Wegfalls von kommunalen Förderungen hohe Gebühren eingeführt werden, welche für viele Eltern nicht leistbar sind. Oftmals ist es aber nur möglich, einen Platz bei einem privaten Träger zu bekommen. Es wäre bedauerlich, wenn diese Initiative vor Ort aufgrund eines Mangels an geeigneten Kitaplätzen nicht sinnvoll umgesetzt werden kann.

Wir hoffen, dass unsere Anmerkungen im Rahmen der Gesetzesinitiative zur Einführung und Durchsetzung verbindlicher Sprachstandserhebungen und Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung Berücksichtigung finden und freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit, um die Interessen der Eltern und Schüler bestmöglich umsetzen zu können.

Für weitere Gespräche und Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Birgit Bretthauer
Vorsitzende der LEV